



JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

An aerial photograph showing a large, diverse crowd of people standing on a white surface. The people are arranged to form the outline of the state of North Rhine-Westphalia (NRW) in Germany. The crowd is dense in some areas and sparse in others, creating a clear silhouette of the state's borders.

**UNSER NRW,  
UNSERE ENTSCHEIDUNG**  
*Urbane Gesellschaft neu denken*

am 19. und 20. September 2015  
in Duisburg #nrwtage51

51. **JU** NRW-Tag

## **„NRW: Heimat der großen Städte“**

**Beschluss zum 51. JU NRW-Tag  
am 19./20. September 2015 in Duisburg**

## **„NRW: Heimat der großen Städte“**

Nordrhein-Westfalen ist im bundesweiten Vergleich die Heimat der großen Städte! Annähernd 8 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen wohnen in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. Dies entspricht mehr als 45 Prozent der nordrhein-westfälischen Bevölkerung – bundesweit sind es lediglich 31 Prozent. Angeführt von den einwohnerstärksten Zentren Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen repräsentieren die insgesamt 28 Großstädte unserer nordrhein-westfälischen Heimat mehr als ein Drittel aller deutschen Großstädte.

Doch die Städte wandeln sich: Waren Suburbanisierung, Pendlerverkehre und Zersiedlungen noch die prägenden Begriffe deutscher Großstadtpolitik der letzten Jahrzehnte, gewinnen seit einigen Jahren insbesondere die Metropolen an Bedeutung. Ursache dafür ist neben dem anhaltend hohen Zuzug von Migranten, die sich traditionell in urbanen Räumen konzentrieren, auch die höhere Studierneigung junger Menschen sowie die Qualität städtischen Lebens in breiten Teilen der Bevölkerung. Dieses Zusammenspiel aus Außen- und Binnenmigration ist die treibende Kraft eines nachhaltigen Urbanisierungsprozesses, der große Herausforderungen, aber auch enorme Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben in den Quartieren und Stadtteilen mit sich bringt. Die Spannungen zwischen urbanen und ländlichen Räumen werden hierdurch zukünftig zunehmen.

Große Städte mit ihrem Wandel und ihrer Dynamik fordern die Politik in besonderem Maße. Hier treffen unterschiedliche Kulturen und Religionen aufeinander, Trends werden gesetzt und neue Modelle der Gemeinschaft probiert. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen benennt in diesem Papier Stellschrauben politischen Handelns und formuliert ihre Positionen und Forderungen an eine moderne Großstadt- und Metropolenpolitik. Dabei folgen wir den Grundsätzen, gleichwerte Lebensstandards in Stadt und Land zu ermöglichen und zu fördern sowie die Zusammenarbeit über Stadt- und Bezirksgrenzen hinaus zu stärken. Durch dieses ganzheitliche Denken soll kleinteiligen Strukturen entgegen gewirkt werden, ohne dabei lokale Identitäten zu verlieren. Zudem können Synergien geschlossen werden, um somit gestärkt in den europäischen Wettbewerb der Regionen eintreten zu können.

## ***NRW ist Hochschulland – Unsere Städte werden immer jünger.***

Immer mehr junge Menschen nehmen in Deutschland ein Studium auf und ziehen dafür unter anderem in die großen Städte und Metropolregionen. Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft besitzt mit ihren 70 Universitäten und Fachhochschulen optimale Voraussetzungen, die Nachfrage nach Studienplätzen zu bedienen: Mittlerweile sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 645.000 Studenten eingeschrieben, die eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur benötigen und Anforderungen an eine didaktisch-methodisch zeitgemäße Bildung stellen.

- Die JU NRW fordert die rot-grüne Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für den Hochschulstandort NRW gerecht zu werden und unverzüglich die durch die BAföG-Novellierung der unionsgeführten Bundesregierung freiwerdenden Mittel vollständig für die qualitative Verbesserung der Schul-, Berufsschul- und Hochschulbildung einzusetzen.
- Die JU NRW setzt sich ein für den Ausbau digitaler Bildung an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen durch die Vermittlung von Medienkompetenzen sowie den vermehrten Einsatz digitaler Medien und Programme in einem pädagogisch angemessenen Rahmen.

Allerdings ist der Zustrom an Studenten auch mit gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen verbunden, denn seit 2013 beginnen jährlich mehr junge Menschen ein Studium als eine Ausbildung. Davon unmittelbar betroffen sind insbesondere mittelständische Handwerksbetriebe und Unternehmen, die ihren Bedarf an Lehrlingen und Facharbeitern nicht mehr ausreichend decken können. Die Bevölkerung unter 18 Jahren nimmt in kreisfreien Städten nur halb so stark ab wie im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wächst die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen in den großen Städten nahezu doppelt so schnell wie im Durchschnitt der Republik. Bei älteren Jahrgängen sind die Entwicklungstrends spiegelverkehrt: Städte verlieren Personen im älteren erwerbsfähigen Alter und weisen unterdurchschnittliche Zuwächse bei Rentnerjahrgängen auf. Insbesondere Großstädte haben also nicht nur Menschen im ausbildungsrelevanten Alter an sich binden können, sondern sie konnten auch ihr Erwerbspersonenpotential verjüngen.

- Die JU NRW steht an der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen und betrachtet die Bekämpfung des Fachkräftemangels als zentrale Aufgabe ihrer Politik.

Projekte, die Studienabbrecher bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz helfen und je nach Studium eine verkürzte Ausbildungszeit ermöglichen sollen vorangetrieben werden.

- Die JU NRW stellt sich gegen eine einseitig auf Hochschulbildung fokussierte Bildungspolitik und setzt sich ein für eine höhere Wertschätzung der dualen Berufsausbildung als erfolgreiches und international geschätztes Bildungsinstrument. Die JU NRW fordert die stärkere Förderung von (Fach-)Hochschulen in ländlichen Gebieten, um diese zu attraktivieren und den vielen mittelständischen Weltmarktführern Fachkräfte dauerhaft zu sichern. Gleichzeitig werden dadurch Städte entlastet.

### ***NRW ist Unternehmerland – Unsere Städte werden immer dynamischer.***

Die Bündelung von Wissen in urbanen Zentren besitzt aber auch das Potential, durch Koordination und Kooperation eine Dynamik für Innovation und Wachstum zu entfachen und somit neue Unternehmen und Arbeitsplätze zu generieren. Diese Entwicklungsperspektive ist von geradezu immenser Bedeutung für das von Transformation und Wandel besonders geforderte Ruhrgebiet.

- Die JU NRW sieht in Neugründungen die Chance, kleine und mittelständische Unternehmensstrukturen aufzubauen und setzt sich ein für kommunal unterstützte Gründerzentren, die den Raum für Experimente geben und durch „Lust auf Neues“ dazu beitragen, NRW als Keimzelle für Innovationen auszubauen.
- Die JU NRW steht für eine weitere Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft durch Clusterbildung zur Stärkung des Forschungsstandorts Nordrhein-Westfalen und für eine konsequentere Überführung von Forschungsergebnissen in Produkte und Dienstleistungen "Made in NRW". Vorhaben der Landesregierung, wie zum Beispiel die Offenlegungspflicht bei Drittmitteln lehnen wir ab. Diese sind nur unnötige Hürden und schwächen den Forschungsstandort NRW.
- Die JU NRW setzt sich für schlanke und schnelle Genehmigungsverfahren für Gründer, Betriebsübernehmer und Selbständige ein. Wir unterstützen eine Kultur des Gründens und der Eigenverantwortung Selbständiger. Einheitlicher Ansprechpartner, Verwaltungslotsen und die Idee einer One Stop Agency bei Neugründungen sind zu

begrüßen und zu fördern. Um Gründer zu unterstützen, befürwortet die JU NRW Initiativen zur Sammlung von mehr privatem Wagniskapital. Außerdem fordert die JU NRW, dass das Land weitere Mittel besonders für junge Neugründer zur Verfügung stellt.

- Die JU NRW setzt sich für eine Reform der Erbschaftssteuer beim Vererben von mittelständischen Unternehmen auf die nächste Generation ein. Den Jungunternehmern muss im Erbfall die Möglichkeit gegeben werden selbstständig, finanziell unabhängig und gesichert das Unternehmen weiterzuführen.

### ***NRW ist Einwanderungsland – Unsere Städte werden immer internationaler.***

Seit 2010 ist die Zuwanderung in unsere Heimat höher als die Abwanderung: Allein 2013 zogen laut dem jüngsten Migrationsbericht über 240.000 Menschen aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen. Dies entspricht dem höchsten Zuzug seit 1992. Drei Viertel der 2013 zugezogenen Ausländer kommen aus den EU-Staaten, wobei polnische und rumänische Staatsbürger die größte Gruppe darstellen. Infolge politischer und ökonomischer Verwerfungen in ihren Heimatländern ist aber auch der Zuzug gut ausgebildeter junger Menschen aus Mittel- und Südeuropa ebenso ungebrochen wie der Zuzug von Flüchtlingen aus afrikanischen Staaten, Syrien, dem Irak und anderen Krisengebieten der Welt. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat mit fast zwei Millionen Menschen – darunter ein Viertel türkischer Nationalität – ebenfalls eine neue Höchstmarke erreicht.

- Die JU NRW steht für eine Kultur des Willkommens und setzt sich ein für den Ausbau von Willkommenszentren (vgl. Hamburg) als Anlaufstellen für Menschen aus dem In- und Ausland.
- Dennoch ist es richtig und notwendig, dass das derzeitige Asylrecht als Regelung für alle, die vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung geflohen sind, klare Grenzen setzt, damit es nicht von Wirtschaftsflüchtlingen überfordert und gegebenenfalls ausgenutzt wird. Unabhängig davon ist die Frage zu beantworten, wie verstärkte qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland geregelt werden kann. Die JU NRW fordert ein einheitliches Einwanderungsgesetz, welches ein einfaches und verständliches vor allem aber einheitliches Regelwerk bildet, um die Einwanderung zu regeln.

- Die JU NRW versteht Bildung und Arbeit als Instrumente erfolgreicher Integration und setzt sich ein für die schnellere Anerkennung qualitativ gleichwertiger sowie überleitende Nachqualifizierung von im Ausland erworbenen Schul-, Berufs- und Universitätsabschlüssen und eine Erleichterung für Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Schaffung von Ausbildungsangeboten für Flüchtlinge mit Bleiberecht. Ebenso soll das Land weitere Mittel zur erfolgreichen Integration von Flüchtlingen in unser Schulsystem bereitstellen. Viele Flüchtlinge bleiben eine lange Zeit in Deutschland. Asylpolitik zielt aber bundespolitisch nicht auf Integration ab. Dies sollte an einigen bestimmten Stellen geändert werden, um jungen Geflüchteten eine dauerhafte Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Dazu gehört besonders die Förderung allgemeiner Sprachkurse.

Die Konzentration von Migranten in urbanen Räumen ist aber auch mit gesellschaftlichen Problemen verbunden. Vor besondere Herausforderungen sind strukturschwächere Großstädte gestellt, in die aufgrund niedriger Mieten vermehrt unterdurchschnittlich qualifizierte Migranten aus Südosteuropa ziehen. Vor ebenso große Herausforderungen sind Städte mit wenig verfügbaren Wohnraum und hohen Mieten gestellt: Es gibt kaum preiswerten Wohnraum. Das bedeutet, dass Flüchtlinge kaum zu akzeptablen Preisen in regulären Wohnungen untergebracht werden können. Turnhallen, Hotels, Massenunterkünfte etc. sind die Folge. Ebenfalls fehlt es in einigen Quartieren und Stadtteilen der Großstädte an soziodemografischer Durchmischung, was zu Ghettoisierungen und sozialen Brennpunkten führen kann. Ein gelungenes Miteinander erfordert daher umso mehr die Bereitschaft aller Beteiligten – der Deutschen sowie der Migranten – aufeinander zuzugehen, um gemeinsam unser Land zu gestalten.

- Die JU NRW appelliert an die Landesregierung, ihrer finanziellen Verantwortung für die Kommunen gerecht zu werden, damit kommunale Maßnahmen zur Integration finanziert und umgesetzt werden können. Zusätzlich fordert die JU NRW die volle Kostenübernahme der Flüchtlingskosten der Kommunen durch das Land. Der finanzielle Lastenausgleich darf nicht auf Kosten der ländlichen Kommunen gehen.
- Die JU NRW heißt alle Menschen herzlich in unserer Heimat willkommen, die sich in unsere Gesellschaft einbringen und die freiheitliche demokratische Grundordnung basierend auf dem christlichen Menschenbild anerkennen. Jede Form von Extremismus –

ganz egal, ob von rechts, links oder religiös motiviert – lehnen wir strikt ab. Provokativen Propagandaveranstaltungen im öffentlichen Raum durch religiöse Extremisten, wie Salafisten, oder die selbsternannte Scharia-Polizei erteilen wir eine deutliche Absage. Darüber hinaus regen wir an, dass der Gesetzgeber gerade in diesem Bereich das Strafrecht reformiert, indem Straftaten aus Gründen des Extremismus stärker bestraft werden und in schweren Fällen der Wiederholung eine Ausweisung bei Tätern ohne die deutsche Staatsbürgerschaft möglich ist.

- Die JU NRW fühlt sich aufgrund ihres christlichen Werteverständnisses in besonderer Weise den Flüchtlingen verbunden, die aus politischen oder religiösen Gründen ihre Heimatländer verlassen mussten. Hierbei denken wir insbesondere an Christen, die derzeit weltweit wie Angehörige keiner anderen Weltreligion verfolgt werden. Ihnen die größtmögliche Unterstützung beim Aufbau eines neuen Lebens in der Fremde zukommen lassen zu können erfordert aber auch, Flüchtlinge, die nicht anerkannt wurden und deren Asylantrag abgelehnt wurde zeitnah und konsequent in ihre Heimatländer abzuschicken. Darüber hinaus fordern wir beschleunigte Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern und die Einstufung weiterer Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten.
- Die JU NRW spricht sich dafür aus, dass unsere Sicherheitsbehörden wie die Polizei in besonderem Maße durch die Politik unterstützt werden. Es darf nicht sein, dass sich Polizisten nur noch in Hundertschaften in bestimmte Straßenzüge trauen. Solche in den Medien als „rechtsfreie Räume“ beschriebene Phänomene müssen wirksam bekämpft werden.

### ***NRW ist Heimatland – Unsere Städte werden immer beliebter.***

Das durch Studenten und Migranten getriebene Bevölkerungswachstum in den Großstädten wird unterstützt durch die Wiederentdeckung großstädtischen Flairs in breiten Teilen der Bevölkerung. Fußläufige Einkaufsmöglichkeiten, ein vielfältiges Bildungs- und Arbeitsplatzangebot, verhältnismäßig gut ausgebaute Kinderbetreuung sowie eine mannigfaltige Auswahl an kulturellen, sportlichen und kulinarischen Angeboten gewinnen für die Wohnortentscheidung an Bedeutung. Das Leben in der Stadt ist nach Jahrzehnten, die von Suburbanisierung geprägt waren, mittlerweile wieder so attraktiv, dass insbesondere in den zentrumsnahen Quartieren die Mieten und Kaufpreise für Wohnraum enorm ansteigen. Dies

führt mitunter zur Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte in die Randbereiche. Oftmals sind davon aber auch Studenten oder Familien mit Kindern betroffen, die größere Wohnungen im Zentrumsbereich nicht mehr bezahlen können. Erschwerend kommt hinzu, dass die rot-grüne Landesregierung die Mittel für die Förderung von Mietwohnraum sowie Eigentum von über einer Milliarde Euro unter der Regierung von Jürgen Rüttgers im Jahr 2010 auf 500 Millionen Euro pro Jahr gekürzt hat. Somit entwickelt sich die Frage nach bezahlbarem Wohnraum zu einer der Kernaufgaben stadtplanerischer Anstrengungen.

- Die JU NRW stellt sich der Gentrifizierung sowie Ghettoisierung ganzer Stadtteile entgegen und setzt sich ein für eine Stadtplanung, die die soziale Durchmischung der Quartiere in den Fokus nimmt und den sozialen sowie den preisgedämpften Wohnungsbau sowie neue Wohn- und Quartierskonzepte – insbesondere im mittleren Preissegment – fördert, um unterschiedliche Generationen und soziale Schichten zusammen zu bringen.
- Grundlegend für ein altersgerechtes Wohnumfeld sind Barrierefreiheit (DIN18024), ÖPNV, Freizeitmöglichkeiten, Wohnraumgestaltung, Beratungs- und Serviceangebote. Selbstbestimmtes und unabhängiges Wohnen und Leben im Alter sind aber nicht nur durch Wohnraumgestaltung und Haushaltsorganisation zu erreichen, sondern durch gelingendes Miteinander von älteren Bewohnern, ihren Angehörigen, Nachbarschaften, Ehrenamtlichen, Vereinen, Institutionen und den professionellen Mitarbeitern. Die JU NRW fordert am Menschen orientierter kooperativer und integrierter Ansätze, die Wechselwirkungen zwischen Wohnen und Teilhabe sowie inter- und intragenerationelle Beziehungen im Quartier einbeziehen. Es sollen Interessen und Kompetenzen der beteiligten Akteure gebündelt werden; bauliche und soziale Maßnahmen ineinander wirken. Es sollen nicht vorrangig weitere stationäre Pflegeeinrichtungen entstehen, die der Heimgesetzgebung unterliegen, sondern wohnumfeld-integrative und partizipative, vernetzte Wohnlebensformen. Bürgerschaftliches Engagement und Gegenseitigkeitshilfen müssen gefördert werden. Zur Koordinierung in den Quartieren soll entsprechend jeweils ein professionelles Quartiermanagement eingesetzt werden. Hier muss das Land NRW entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Mit neuen Wohnformen soll die Eigeninitiative, Teilhabe und Selbsthilfe durch niedrigschwellige Angebote gefördert werden, wobei professionelle Dienstleistungen integriert werden. Durch die Nutzung formeller und informeller Ressourcen soll die Gefahr sozialräumlicher



Isolation gebannt werden. Geht De-Institutionalisierung des Wohnens im Alter nicht mit einer Vernetzung der Prozesse und Strukturen (Community Care) im Wohnumfeld einher, kann dies zu Isolation und sozialer Desintegration führen. Erforderlich sind daher Rahmenbedingungen zur Organisation von Kommunität.

- Die JU NRW steht der Mietpreisbremse kritisch gegenüber, da mit ihr alleine keine einzige neue Wohnung entsteht, und fordert vielmehr den massiven Neu- und Ausbau von innerstädtischem Wohnraum durch die konsequente und schnelle Erschließung von Baulücken und Brachflächen ((Nach-)Verdichtung). Dazu sind planungsrechtliche Hemmnisse auf ein Minimum zu reduzieren. Die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden zu (vorläufigen) Unterkünften für Studenten soll unterstützt werden.
- Die JU NRW erkennt im Eigenheim einen Beitrag für die Altersvorsorge sowie für ein positives städtisches Erscheinungsbild und setzt sich ein für eine stärkere Förderung von Wohneigentum durch das Land NRW. Wir fordern außerdem die Senkung der Grunderwerbssteuer.
- Die JU NRW befürwortet die Möglichkeit, dass die Kommunen eine Zweitwohnsitzsteuer einführen können, um Inhaber eines Zweitwohnsitzes an der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur zu beteiligen. Die JU NRW fordert aber eine generelle Befreiung von der Zweitwohnsitzsteuer für Studenten und Auszubildende, da sie in der heutigen Mobilitätsgesellschaft eine unangemessen hohe Belastung für sie darstellt.

Das ehrenamtliche Engagement und die Bindungskraft an Vereine, Kirchen und Parteien von Jung und Alt sind in urbanen Gebieten von anderer Qualität als im ländlichen Raum und tragen dazu bei, dass nicht alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Darüber hinaus besteht in den teilweise durch Anonymität geprägten Ballungsräumen die Gefahr der Vereinsamung älterer und alleinstehender Menschen, der stadtplanerisch und gesellschaftlich begegnet werden muss.

- Die JU NRW setzt sich ein für ein aktives Quartiersmanagement, das generationenübergreifende Angebote für nachbarschaftliche Aktivitäten, zur Freizeitgestaltung und für ehrenamtlich Engagierte umfasst. Insbesondere fordern wir den Bau von Generationenplätzen, die Beschäftigungsangebote für Jung und Alt bieten.

- Die JU NRW ruft dazu auf, ehrenamtliches Engagement beispielsweise durch punktuelle Aktionstage und Events für Ehrenamtler zu fördern. Außerdem appellieren wir an die Landesregierung, das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Behinderungen durch die Auflegung eines NRW-Fonds finanziell zu unterstützen.
- Die JU NRW betrachtet die Teilhabe aller Menschen als elementar und fordert ein Förderprogramm zum Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum sowie im Wohnungsbestand, um den Bedürfnissen älterer Menschen, Familien mit Kindern sowie Menschen mit Behinderung gerecht werden zu können.

Fehlende soziale Kontrolle und die Entwicklung paralleler Gesellschaftsstrukturen können aber bisweilen auch dazu führen, dass vermehrt Verschmutzungen und Verwahrlosungen des öffentlichen Erscheinungsbildes sowie im schlimmsten Fall erhöhte Kriminalitätsraten auftreten. Auch ohne direkte Bedrohungslage nimmt somit das subjektive Gefühl der Sicherheit der Bürger ab. Darüber hinaus leidet insbesondere die Polizei in Nordrhein-Westfalen durch eine völlig verfehlte rot-grüne Innenpolitik unter massiver Personalnot und Überbelastung der Einsatzkräfte.

- Die JU NRW fordert die vorhandenen Personalressourcen nicht für lediglich öffentlichkeitswirksame Einsätze wie Blitzmarathons übermäßig zu strapazieren, während parallel die Zahl der Wohnungseinbrüche Jahr für Jahr steigt.
- Die JU NRW dankt der Polizei und den Ordnungskräften für ihren außerordentlichen Beitrag zur Einhaltung von Recht und Ordnung und fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Neueinstellungen vorzunehmen, die Ausrüstungsversorgung zu verbessern und der nicht hinnehmbaren Belastungssituation der Beamten und Ordnungskräften entgegen zu treten. Die JU NRW begrüßt die Kampagne „Anerkennung und Respekt für unsere Polizei“ der CDU NRW, die das Ziel hat, auf die Bedrohungen der Polizisten und anderer Einsatzkräfte in ihrem Dienst aufmerksam zu machen und ein gesellschaftliches Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen.
- Die JU NRW setzt sich ein für Videoüberwachung an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen, um Gewalt und

Diebstählen gezielt entgegenzutreten zu können und Angsträume zu entschärfen. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir strikt ab. Die Einhaltung gesetzlicher Regelungen zur Speicherung und Verwendung der Videoaufnahmen müssen konsequent kontrolliert werden.

- Die JU NRW fordert Schulterkameras für Polizisten und Ordnungskräfte, damit bei Anzeigen von oder gegen Polizisten der Sachverhalt möglichst einfach geklärt werden kann.

### ***NRW ist Mobilitätsland – Unsere Städte werden immer vernetzter.***

Urbanisierung, Umweltbewusstsein, Ressourcenknappheit und die Entwicklung neuer Technologien verändern die Mobilität urbaner Räume zunehmend: Die Nachfrage nach flexiblen, nachhaltigen und individuellen Mobilitätsangeboten steigt massiv. Die Bereitstellung und Vernetzung von Daten beispielsweise über mobilitätsbezogene Apps sowie die Entstehung neuer Mobilitätskonzepte wie Car- und Bikesharing oder Bike & Ride unterstreichen diesen Wandel auf besondere Weise. Allein in Nordrhein-Westfalen sind aktuell mit über 2.800 Fahrzeugen ca. 19 Prozent aller deutschen Carsharing-Fahrzeuge im Einsatz und die Nachfrage nach weiteren Sharing-Stationen scheint ungebrochen.

- Die JU NRW sieht in neuen Mobilitätslösungen auch einen Beitrag für den Umweltschutz und die Entlastung des Verkehrsaufkommens in den Innenstädten und fordert, die Privilegien der Elektromobilität auch Carsharing-Fahrzeugen zukommen zu lassen. Wir setzen uns ein für eine Flächen- und Standortpolitik, die weitere Car- und Bikesharing-Stationen sowie Ladestationen für Elektromobilität ermöglicht. Wir fordern in den Innenstädten speziell ausgewiesene Parkplätze für Car-Sharing Fahrzeuge.
- Die JU NRW setzt sich ein für den Ausbau der Schnittstellen zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln (intermodale Mobilitätsknoten), um den Übergang zwischen ÖPNV, Fahrrad und Auto überregional zu erleichtern. Wir fordern die flächendeckende Einführung von Kombi-Tickets zur Anwendung von Sharingsystemen in Verbindung mit dem ÖPNV.

- Die JU NRW spricht sich gegen die Befreiung von Stellplatzabgaben aus. Wir befürworten Anwohnerparkausweise und fordern die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung von Quartiersgaragen.
- Die JU NRW spricht sich gegen ein generelles Tempo-30-Limit in Innenstädten aus und setzt sich ein für eine durch die Kommunalpolitik festzulegende bedarfs- und gefahrenabhängige Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit vor Schulen, Kindergärten, Altenheimen und anderen Gefahrenstellen.
- Die JU NRW spricht sich für die Abschaffung der Umweltzonen aus. Wir fordern sinnvollere Konzepte zur Luftreinhaltung. Vor allem in Städten im Grenzgebiet sind Umweltzonen eine Belastung für die Touristen.

Aber auch der Öffentliche Personennahverkehr und die Nutzung des Fahrrads bzw. des E-Bikes für die Wege zur Arbeit oder zum Einkaufen verzeichnen in den innerstädtischen Quartieren der Großstädte hohe Zuwachsraten. Allerdings haben Bahninfrastruktur wie Brücken, Gleise, Haltepunkte und Bahnhöfe, aber auch so manche Zugverbindung die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten.

- Die JU NRW steht für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur durch Ladestationen für E-Bikes und Fahrradschnellwege, die Quartiere und Städte verbinden, sowie für die Schaffung sicherer Fahrradparkplätze/-häuser (vgl. Radstation in Münster) an Umsteigeplätzen wie Bahnhöfen und touristischen Attraktionen.
- Die JU NRW bekennt sich zum ÖPNV und fordert den umgehenden Ersatz maroder Infrastruktur und den Ausbau überlasteter Strecken. Wir fordern ebenso die rasche Umsetzung des Rhein-Ruhr-Expresses, der die Metropolregionen Rheinland und Ruhrgebiet im 15-Minutentakt verbinden wird sowie beispielsweise eine schnellere Anbindung Westfalens an die Rhein-Ruhr Region zu schaffen. Dabei dürfen andere Verbindungen innerhalb NRWs nicht negativ eingeschränkt werden. Wir fordern aber auch eine bessere Anbindung des ländlichen Raums an die Städte, sodass das Arbeiten in der Stadt bei gleichzeitigem Wohnen im Grünen für möglichst viele Menschen ermöglicht wird.

Parallel dazu beschleunigen technologischer Fortschritt und das Internet der Dinge die Entwicklungen in der Automobilwirtschaft, so dass das selbstfahrende Auto, die Car-to-Car-Kommunikation sowie das vollautomatische Parken schon bald Realität sein werden. Voraussetzung dafür ist eine zuverlässige digitale Infrastruktur. Aber auch die Weiterentwicklung der Städte zu Smart Cities erfordert eine konsequente Modernisierung und Erweiterung der Netzinfrastruktur sowie einen zukunftsorientierten und chancenbewussten Umgang mit der Digitalisierung.

- Die JU NRW kämpft für den massiven Breitbandausbau, um smarte Technologien wie, zukünftig das selbstfahrende Auto, die Car-to-Car-Kommunikation, das vollautomatische Parken, aber auch Mobilitätsangebote wie Verspätungs-, Fahrplan- und Parkplatzsuche-Apps zu ermöglichen. Die Junge Union steht jedoch für Netzneutralität.
- Die JU NRW begreift die Bereitstellung von Daten als Chance und setzt sich ein für die Schaffung von Open-Data-Portalen, die – mit Ausnahme von personenbezogenen und sicherheitsrelevanten Informationen – Daten als Gemeingut für die Entwicklung neuer Dienstleistungen und die Entstehung neuer Geschäftsmodelle zur Verfügung stellen.
- Die JU NRW setzt sich ein für die rechtliche Gleichstellung von Anbietern öffentlicher WLAN-Netze mit Providern (Netzanbietern), um durch den Ausschluss von Haftungsrisiken für die Anbieter eine flächendeckende Versorgung mit WLAN in Bussen, Bahnen sowie in allen öffentlichen Gebäuden und auf Plätzen zu erreichen. Hierbei brauchen die Städte Rechtssicherheit beim Thema Freifunk.
- Die JU NRW setzt sich dafür ein, dass durch die Verkehrsverbünde alle Verbindungsdaten (also z.B. auch Echtzeitdaten) offen zugänglich gemacht werden, damit diese in Fahrplan-Apps verwendet werden können. Es ist nicht sinnvoll, dass jeder Verkehrsverbund eine eigene App auf den Markt bringt und die Verbindungsdaten nicht zugänglich macht.

### ***NRW ist Kulturland – Unsere Städte werden immer kreativer.***

Unter anderem bedingt durch eine tendenziell jüngere Bevölkerung gewinnen die Großstädte als Kreativitätsstandorte an Bedeutung. Künstler und Kulturschaffende finden in urbanen Räumen Gleichgesinnte und stoßen auf eine höhere Nachfrage nach ihren Angeboten. Auch bieten die Großstädte mit ihren Museen und Ausstellungsforen, Theaterbühnen und

Opernhäusern eine Vielzahl kultureller Möglichkeiten, deren Einzugsräume weit über die Stadtgrenzen hinausreichen. Immer häufiger entwickelt sich aber auch der öffentliche Raum zur Bühne: Veranstaltungen in städtischen Parks, Innenstädten und selbst an Bahnhöfen lassen Kultur und Öffentlichkeit näher zusammenrücken und eröffnen neue Formen der kulturellen Darbietung. Darüber hinaus bietet die hohe Bevölkerungs- und Vereinsdichte ein breites Angebot an Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Auch der Spitzensport findet sich in der Regel in Großstädten und bietet mit seiner überdurchschnittlichen Sportstätteninfrastruktur alle Voraussetzungen, sportliche Großereignisse professionell realisieren zu können. Schlussendlich tragen Kultur und Sport wesentlich zur Attraktivität der Städte bei und liefern einen beachtlichen Beitrag, Menschen verschiedener Herkunft, mit und ohne Behinderungen sowie unterschiedlichen sozialen Stands zusammen zu bringen.

- Die JU NRW erkennt die integrative Kraft von Kultur und Sport an und setzt sich ein für ein vielfältiges und der breiten Bevölkerung zugängliches Angebot sowie für innerstädtische Veranstaltungsmöglichkeiten, um die Events in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Die JU NRW fordert, dass das Landesimmissionenschutzgesetz dahingehend geändert wird, dass die Möglichkeit, Großveranstaltungen auch nach 22 Uhr abzuhalten die Regel und nicht die Ausnahme darstellt. Die nachvollziehbaren Interessen der Anwohner müssen berücksichtigt werden, dürfen aber nicht dazu führen, dass vielbesuchte Veranstaltungen aus den Innenstädten verschwinden.
- Die JU NRW sieht im Breitensport einen Beitrag zur Integration und Gesunderhaltung und setzt sich ein für eine Unterstützung von Vereinen und Trägern sowie eine umfangreiche und intakte Sportstätteninfrastruktur.
- Die JU NRW sieht den Spitzensport als Werbeträger für Nordrhein-Westfalen sowie als Motivations- und Antriebsfeder für jüngere Bürger, sich selbst körperlich zu betätigen. Bei Großveranstaltungen sind die Vereine angemessen an den Kosten der Polizeieinsätze zu beteiligen.

### ***NRW ist Zukunftsland – Unsere Städte brauchen den Wechsel!***

Das Versagen der rot-grünen Landesregierung verdeutlicht die Haushalts- und Finanzpolitik: Seit Jahren wird die Regierung ihrer Verpflichtung nicht gerecht, die Städte mit auskömmlichen

Finanzen auszustatten, so dass in der direkten Folge der kommunalpolitische Handlungsspielraum enorm beschränkt ist. Auch werden die durch die unionsgeführte Bundesregierung bereitgestellten Mittel zur Entlastung der Kommunen oftmals nur unzureichend an die betroffenen Städte und Gemeinden weitergeleitet. Da die Verfassung einen direkten Mitteltransfer des Bundes an die Kommunen untersagt, versickern somit regelmäßig die für die Kommunen bestimmten Millionenbeträge in den Haushaltslöchern der rot-grünen Landesregierung. Mit der Folge, dass mittlerweile mehr als 50 Prozent aller kommunalen Kassenkredite in Deutschland in den Büchern nordrhein-westfälischer Kämmerer stehen.

- Die JU NRW fordert die rot-grüne Landesregierung auf, zu Absprachen mit dem Bund zu stehen, um zur Verfügung gestellte Mittel, beispielsweise im Bereich der Flüchtlingspolitik, direkt und ohne Abzug an die Kommunen weiterzugeben.
- Die JU NRW fordert die rot-grüne Landesregierung auf, ab sofort eine nachhaltige Finanzpolitik umzusetzen, die auf eine Neuverschuldung verzichtet und Altschulden abbaut, um auch zukünftigen Generationen Handlungsspielraum nicht zu verbauen.
- Die JU NRW fordert eine Neuregelung des Gemeindefinanzierungsausgleichs, bei der solide haushaltende Kommunen nicht benachteiligt werden.
- Die JU NRW fordert, dass die kommunalen Haushalte unabhängig vom Gewerbesteueraufkommen auskömmlich finanziert werden.
- Die JU NRW spricht sich gegen den sogenannten Kommunal-Soli aus. Das Land trägt eine finanzielle Verantwortung für die Kommunen, es kann diese nicht teilweise auf andere Kommunen verlagern. Das sorgt dafür, dass Kommunen, die zum Teil selbst in der Haushaltssicherung sind, einen Teil ihrer Einnahmen abgeben müssen, und für finanzielle Entscheidungen anderer Städte gerade stehen. Das schadet der kommunalen Gemeinschaft und schürt Unmut in der Gesellschaft, während das Land sich aus der Verantwortung stiehlt.
- Die JU NRW setzt sich weiterhin für den Ausbau der Metropolregion Rhein-Ruhr ein. Darüber hinaus muss anderen Städten und Regionen die Möglichkeit gegeben werden, ebenfalls eine solche Metropolregion zu schaffen. Als Beispiel soll hier die rheinländische Region Bonn, Köln, Leverkusen, Düsseldorf sowie der Rhein-Sieg- und Rhein-Erft-Kreis

genannt werden. Eine solche Metropolregion bietet den Städten eine bessere interkommunale Zusammenarbeit, die dringend gefördert werden muss.

Bürger fordern mittlerweile eine stärkere Beteiligung bei großen Entscheidungen ein. Als Junge Union begrüßen wir den Willen zum Engagement und sehen darin eine Chance, um weiterhin für Politik und unsere Demokratie zu werben. Gleichzeitig erkennen wir mit Sorge, dass die kommunalen Ehrenamts-Parlamente durch viele Kleinstparteien und einer fehlenden Sperrklausel an die Grenzen des Zumutbaren stoßen und darunter der Wille zum politischen Engagement leidet.

- Die JU NRW möchte regierbare Städte und fordert daher die Einführung einer 3-Prozent-Hürde bei den Kommunalwahlen, um auf diesem Weg die Arbeitsfähigkeit zahlreicher zersplitterter Kommunalparlamente wiederherzustellen.
- Die JU NRW setzt auf neue Formen der öffentlichen Beteiligung. Durch Prioritätenfestsetzung werden Transparenz erhöht und Blockadehaltungen unterbunden. Partizipationsverfahren sind zeitlich sinnvoll zusammenhängend an Bau- und Planungsvorhaben zu koppeln. Dabei begrüßen wir die bereits heute etablierten Beteiligungsverfahren und fordern eine stärkere Bekanntmachung dieser. Gleichzeitig bieten direktdemokratische Prozesse und eine reine Erhöhung von "Bürgerbeteiligung" nicht zwingend einen entscheidenden Mehrwert, da Beteiligungsprozesse oftmals nicht von breiten Schichten der Bevölkerung sondern von Betroffenen und vor allem engagierten Eliten geführt werden. Es gilt daher in Großstädten die gewählten Vertretungen zu stärken.
- Die Ausgestaltung der Gremien der kreisfreien Großstädte muss überdacht werden. Es darf nicht sein, dass Bezirksvertretungen mit über 100.000 Einwohnern weniger Entscheidungsbefugnisse haben, als Gemeinderäte für unter 10.000 Einwohner. Die JU NRW fordert eine Stärkung der Kompetenzen von Bezirksvertretungen und eine Professionalisierung bei Städten mit über 500.000 Einwohnern.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen Menschen, die von der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht profitieren. Sie sind länger als ein Jahr arbeitslos und zählen somit zu den Langzeitarbeitslosen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Unabhängig davon, ob äußere Strukturen oder



individuelle Profile verantwortlich sind, schadet Langzeitarbeitslosigkeit dem Staat und den Betroffenen. Denn Arbeit ist nicht nur für den Lebensunterhalt wichtig, sondern auch für das Selbstwertgefühl. Daher kommt in der gegenwärtig guten wirtschaftlichen Lage der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit eine besondere Bedeutung zu. Ein auf Regionen mit extremen SGB-II-Quoten begrenzter staatlich subventionierter Arbeitsmarkt ist einzurichten. Beispielsweise könnte durch einen Passiv-Aktiv-Tausch, bei dem die Sozialleistungen als Zuschuss für eine Beschäftigung eingesetzt werden, der passive Empfang von Arbeitslosengeld durch aktive Teilhabe am Arbeitsleben ersetzt werden. Dieser soziale Arbeitsmarkt ist in Absprache mit den Gewerkschaften und Unternehmen vor Ort zu entwickeln. Zukünftig wollen wir stärker Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren! Die JU NRW fordert, die gegenwärtig positive wirtschaftliche Lage für die verstärkte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu nutzen und setzt sich für die Schaffung eines auf die Gegenden mit extremen SGB II-Quoten beschränkten sozialen Arbeitsmarkt ein.